

*Jičínský, Zdeněk: Vznik České národní rady v době Pražského jara 1968 a její působení do podzimu 1969 [Die Entstehung des Tschechischen Nationalrats in der Zeit des Prager Frühlings und seine Tätigkeit bis zum Herbst 1969].*

Knižnice Listů, Index Verlag, Köln 1989, 143 S.

Die nach einer Samizdat-Ausgabe (Prag 1984) vom Index-Verlag jetzt allgemein zugänglich gemachte Studie schließt in der umfangreichen Literatur zum Prager Frühling eine wichtige Lücke: Die Geschichte des Tschechischen Nationalrats in den Jahren 1968/69. Das Thema ist mehr als ein Nebenaspekt der Geschichte des Prager Frühlings: In ihm spiegelt sich wie in einem Prisma die ganze Entwicklung des Reformversuchs bis zur sogenannten Normalisierung. Es berührt unmittelbar die föderative Umgestaltung der Tschechoslowakei, die eine der schwierigsten Fragen des Erneuerungsprozesses und gleichzeitig dessen einziges bleibendes Ergebnis war.

Der Autor der Studie, Zdeněk Jičínský, hat als stellvertretender Vorsitzender des Tschechischen Nationalrats selbst an den Ereignissen teilgehabt; das erlaubt ihm auch persönliche Urteile über die damals Mitagierenden. Hervorzuheben ist, daß die Untersuchung trotzdem nicht in die Nähe der Memoirenliteratur gerät. Nach langem, erzwungenen Verzicht auf öffentliche Tätigkeit – Jičínský wurde 1969 seines Amtes enthoben, 1970 aus der KPTsch ausgeschlossen – hat der Autor nun wieder politische Verantwortung als stellvertretender Parlamentspräsident übernommen. Seine Studie ist damit gleichzeitig interessantes Quellenmaterial, um die politische Vorstellungswelt der heutigen politischen Führung der Tschechoslowakei zu interpretieren.

Das erneut akut gewordene Problem der Föderalisierung der Tschechoslowakei nimmt in Jičínskýs Darstellung einen hohen Stellenwert ein. Ohne den Eigenwert dieses Problems zu unterschätzen, stellt der Autor die Föderalisierung doch immer in einen notwendigen Zusammenhang zur Demokratisierung der Gesellschaft. Tatsächlich ist die föderative Reform des Staates ja nach 1969 durch den Parteizentralismus der KPTsch ausgehöhlt worden. Soweit kann man dem Verfasser nur beipflichten. Einwände muß

man jedoch gegen die vom Autor gelegentlich unkritisch gebrauchte Kategorie des „Rationalen“ erheben. Sicher hatten die slowakischen Föderalisierungswünsche 1968/69 oft den Nachteil, weniger praktikabel zu sein als Lösungen, die mehr zum Einheitsstaat tendierten. Aber kann sich nicht jeder Zentralismus, auch der absolutistische, auf das Argument der Rationalität berufen?

Berlin

Martin Schulze Wessel